

Debatte über Umgang mit rechten Straftaten

Auch in Bremen werden Altfälle neu geprüft / Nicht alle politischen Delikte gehen in die Statistik ein

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Gibt es mehr rechte Straftaten als in der offiziellen Statistik auftauchen? Derzeit werden bundesweit 3300 alte Fälle von Gewalttaten neu geprüft. Untersucht wird, ob ein Teil dieser Taten aus den Jahren 1990 bis 2011 einen rechtsextremen Hintergrund haben könnte. Auch in Bremen werden derzeit Altfälle geprüft, bestätigt die Polizei. „Wir wollen mit neuen Filtern auf die alten Fälle schauen“, sagt Rose Gerdt-Schiffler, Sprecherin der Innenbehörde. „Es wäre fahrlässig, jetzt nicht noch einmal neu zu prüfen.“

Angestoßen wurde die erneute Untersuchung durch die Erkenntnisse zur Mordserie der Neonazi-Zelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die bereits zuvor in Bremen zu neuen Prüfungen alter Fälle geführt hatte. Ergebnisse der derzeitigen Prüfungen sind aber erst 2014 zu erwarten.

Unterdessen stellt sich die Frage, wie man heute in Bremen mit Straftaten umgeht, bei denen rechte Motive eine Rolle spielen. „Wir haben im Vergleich zu früher eine intensivere Analyse und arbeiten enger mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammen“, sagt Nils Matthiesen, Sprecher der Bremer Polizei.

Nicht nur die Polizei arbeitet heute anders als in den 90er-Jahren: „Wir haben bereits 2008 den Bremer Verfassungsschutz reformiert und unsere Sichtweise breiter aufgestellt“, sagt Hans-Joachim von Wachter, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz. In Bremen arbeite man schon länger stark personenbezogen. Der Grund: „Es gibt gewaltbereite Personen, die beispielsweise gleichzeitig in der Rocker-Szene und in der rechten Szene oder in der Hooligan-Szene und in der rechten Szene aktiv sind.“

Es gibt aber auch in Bremen politisch motivierte Taten, die nicht in die Statistik eingehen, sagt von Wachter. Als Beispiel nennt er eine Gruppe Bremer Hooligans, die in einem Bus zum Auswärtsspiel fahren. Auf der Rückfahrt stiften zwei einschlägig bekannte Rechtsextreme die anderen dazu an, in Wunstorf auszusteigen und ein linkes Jugendzentrum anzugreifen. „Diese Aktion ist für mich politisch motiviert“, so von Wachter. „Die dabei begangenen Straftaten werden derzeit aber in der Regel nicht als politisch motivierte Taten erfasst.“

Meldewege richtig organisiert?

Das Versagen der Ermittlungsbehörden im Fall des NSU hat bundesweit Denkanstöße gegeben. Auch in Bremen überlegt man, was jetzt verändert werden könnte. „Man sollte grundsätzlich die Kriterien dafür überprüfen, was als politisch motivierte Straftat gilt“, sagt von Wachter. „Derzeit wird darüber diskutiert, ob die Meldewege für Straftaten mit möglicher politischer Motivation bundesweit richtig organisiert sind.“ Landes kriminalamt und Verfassungsschutz arbeiten in Bremen eng zusammen. Alle zwei Wochen bespricht man gemeinsam die aktuellen Fälle. „Allerdings



Was gilt heute als politische Straftat?
Hans-Joachim von Wachter, Leiter des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz, plädiert dafür, die Kriterien für diese Einstufung zu überprüfen.

FOTO: FRANK KOCH

können nur die Fälle besprochen werden, die innerhalb der Polizei nach den derzeitigen Kriterien als politisch motiviert eingestuft werden“, betont von Wachter.

„Ich begrüße alles, was bei den Behörden dazu führt, dass bei Straftaten genauer hingesehen wird“, sagt Sozialarbeiter Dennis Rosenbaum vom Jugendarbeit-Träger Vaja. Er ist als Streetworker unterwegs, und arbeitet im Bereich rechte Cliques, um frühzeitig zu vermeiden, dass Jugendliche in die rechte Szene abrutschen. „In der Praxis haben wir in Bremen mehrfach erlebt, dass von den Behörden die politische Dimension nicht immer registriert wird – sowohl bei Sachbeschädigung als auch bei Körperverletzungsdelikten.“ Der politische Hintergrund werde zum Teil sogar vor Gericht mitverhandelt, komme aber nicht unbedingt in der Anklageschrift oder in den Maßnahmen der Jugendrichter zum Tragen. „Damit taucht ein solcher Fall in keiner Statistik zu politisch motivierten Straftaten auf“, sagt Rosenbaum. Das wiederum wirkt sich auf den Umgang mit Straftätern aus: Denn wird ein Fall nicht als politisch eingestuft, werden die Sozialarbeiter nicht unbedingt von der Jugendgerichtshilfe informiert. Dadurch ist in solchen Fällen eine pädagogische Begleitung junger rechter Straftäter nicht möglich.

„Bei vielen Behördenmitarbeitern gibt es schon eine Sensibilität für dieses Thema“, sagt Rosenbaum, „aber es wäre wünschenswert, dass noch stärker für den möglichen politischen Hintergrund von Straftaten sensibilisiert wird.“ Die Bremer Polizei sei gerade für dieses Thema bereits stark sensibilisiert, findet Nils Matthiesen: „Sobald sich auch nur der Verdacht eines politisch motivierten Deliktes ergibt, wird der Vorgang unserer Abteilung für Staatsschutzdelikte zur Bewertung vorgelegt.“